

Betreff: von MdB Katrin Staffler: Halbzeitbilanz der Ampel-Koalition (ID:584455)

Von: fuerstenfeldbruck@csu-bayern.de

Datum: 08.12.2023, 15:45

An: hans-dieter.hoffmann@mnet-mail.de

Liebe CSU-Mitglieder im Wahlkreis Dachau-Fürstenfeldbruck,
liebe Freundinnen und Freunde,

vor genau zwei Jahren wurden Olaf Scholz und seine Minister vereidigt. Einst ist der Bundeskanzler mit dem Versprechen angetreten, wer bei ihm Führung bestelle, bekomme sie auch. Davon ist in der Regierungsarbeit aber leider nichts festzustellen. Der Kanzler ist führungsschwach, schweigt zu nahezu allen wichtigen Fragen und verschleppt notwendige Entscheidungen. Gestartet als sogenannte „Fortschrittskoalition“, ist mit dem brutalem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine und den daraus resultierenden außen- und innenpolitischen Krisen wenig von den Versprechungen aus dem Koalitionsvertrag übrig geblieben. Anstatt die richtigen Entschlüsse zu treffen, Bürger zu entlasten und die geeigneten Rahmenbedingungen für den Wirtschaftsstandort Deutschland zu schaffen, bietet die Ampel dauerhaften Streit und Chaos. In Zeiten, in denen es strategischer Entscheidungen bedarf, betreibt die Ampel weiter ihre ideologisch beeinflusste Politik. Nur der Wille zur Macht und die Angst vor einem schlechten Abschneiden bei Neuwahlen hält die Ampel-Koalitionäre aktuell noch zusammen.

Haushaltspolitik

Die **Haushaltskrise** hat das politische Berlin weiter fest im Griff. Bisher konnte sich die Ampel beim Haushalt für das kommende Jahr noch nicht einigen. Auch für den Nachtragshaushalt für das laufende Jahr gibt es massive verfassungsrechtliche Bedenken. Indes warten wir weiter auf den Plan von Kanzler und Finanzminister, wie eine Prioritätensetzung im Haushalt 2024 aussehen könnte. Bislang ist nur klar, dass es in diesem Jahr keinen Haushaltsbeschluss für 2024 mehr geben wird. Für uns als Unionsfraktion ist klar: Eine von SPD und Grüne geforderte Aufhebung der Schuldenbremse lehnen wir klar ab. Dieses Instrument ist Ausdruck der Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit bei den Staatsfinanzen.

Wirtschaftslage

Die wirtschaftliche Entwicklung unter der Ampel-Regierung lässt Zweifel an einer positiven Zukunftsentwicklung für das deutsche Unternehmertum aufkommen. Diese Zukunftssorgen teilen auch zahlreiche Betriebe in den Landkreisen Dachau und Fürstenfeldbruck. Die deutsche Wirtschaft befindet sich seit einem Jahr in einer **Stagnation**. Im dritten Quartal 2023 ging das BIP um 0,1 Prozent gegenüber dem Vorquartal zurück. In dieser Schwächephase belastet die verfehlte Standortpolitik der Bundesregierung zusätzlich die Unternehmen in Deutschland. Der Industriestandort leidet besonders unter den hohen Energiekosten, zu viel Regulierung und einem Exporteinbruch. Gerade unsere Mittelständler stehen derzeit mit dem Rücken zur Wand. Als CDU/CSU-Bundestagsfraktion schlugen wir im September 2023 einen „Pakt für Wachstum und Wohlstand“ vor, um die industrielle Basis Deutschlands zu stärken. Darin fordern wir unter anderem ein Belastungsmoratorium für Unternehmen und die Sicherstellung von wettbewerbsfähigen Energiepreisen.

Unter folgendem Link kann unser Antrag eingesehen werden: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/084/2008413.pdf>

Energiekrise

Die hohen Energiepreise stellen für Unternehmen, Kommunen und für private Haushalte nach wie vor eine große Belastung dar. Gleichzeitig ist die geplante Senkung der Stromsteuer für Unternehmen aufgrund der Haushaltskrise unklar. Auch das Wegfallen der Entlastungen aus der Strom- und Gaspreisbremse Ende des Jahres belastet viele Bürger, Kommunen und Betriebe. Mit Blick auf die Versorgungssicherheit und die Preisentwicklung war es eine grundlegend falsche Entscheidung, die verbliebenen drei AKWs Ende April 2022 abzuschalten.

Migration

Im Zeitraum von Januar bis August 2023 haben insgesamt 220.000 Personen einen Asylantrag in Deutschland gestellt. Gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres bedeutet dies einen Anstieg um 77,2 Prozent. Die Ampel-Koalition bleibt trotz des vom Bundeskanzler angekündigten Deutschlandpakts auch in diesem Politikfeld weiterhin untätig. Als Unionsfraktion fordern wir eine wirksame Reduzierung der illegalen Migration nach Deutschland. Deutschland braucht eine grundlegend andere Asylpolitik. Die **Belastungsgrenze** der Kommunen ist überschritten. Die Gemeinden im Wahlkreis Dachau-Fürstentfeldbruck stehen vor der Herausforderung, genügend Unterkünfte für die, ihnen zugewiesenen Asylbewerber bereitzustellen. Die Aufnahmekapazitäten der Kommunen hinsichtlich Wohnraums, Kinderbetreuung, Schulen, usw. sind ausgeschöpft. Als Unionsfraktion haben wir uns in dieser Frage klar positioniert und den Antrag „Deutschland-Pakt in der Migrationspolitik – Irreguläre Migration stoppen“ gestellt. Darin verlangen wir eine Erweiterung der Liste der sicheren Herkunftsstaaten, eine Senkung der Anreize für Sekundärmigration nach Deutschland sowie mit relevanten Herkunftsstaaten Rücknahmeabkommen abzuschließen.

Der Antrag ist hier zu finden: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/084/2008404.pdf>

Heizungsgesetz

Mit dem Gebäudeenergiegesetz verunsichert die Ampel zahlreiche Hausbesitzer und trägt damit massiv zu einer Politikverdrossenheit in der Bevölkerung bei. Das sogenannte Heizungsgesetz ist ein sozial ungerechtes und nicht praxistaugliches Regelwerk. Der Zwang zum Austausch alter Öl- und Gasheizungen sorgt für einen Verlust der gesellschaftlichen Akzeptanz für Maßnahmen im Klimaschutz. Eine Regelung mit der Brechstange gegen die Meinung in der Bevölkerung durchzusetzen, wird nicht funktionieren. Als Union setzen wir auf Anreize statt Verbote, **Technologieoffenheit** und marktwirtschaftliche Instrumente, um das Ziel der Klimaneutralität zu erreichen. Unsere Fraktion hat sich auch bei diesem Thema mit dem Antrag „Für eine sichere, bezahlbare und klimafreundliche Wärmeversorgung“ ohne soziale Kälte klar positioniert.

Der Antrag kann hier abgerufen werden: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/067/2006705.pdf>

Bildung und Forschung

Als Sprecherin der CSU im Bundestag für Bildung, Forschung und Innovation beobachte ich die Entwicklung in diesem Bereich besonders kritisch. Eine Bildungsstudie nach der anderen schlägt Alarm, doch die Bildungspolitik findet weiterhin keine durchsetzungsstarke Stimme in dieser Ampelregierung: Es gibt weder eine Einigung beim sog. Startchancenprogramm noch ein klares Bekenntnis zum Digitalpakt 2.0., der unsere Schulen auch künftig bei der Digitalisierung unterstützen soll. Erfolgreiche Bund-Länder-Programme wie die Qualitätsoffensive Lehrerbildung oder Aufholen nach Corona wurden ersatzlos gestrichen. Auch mit Blick auf die wichtige Berufsorientierung lässt sich nur Stillstand feststellen.

Gesellschaftspolitik

Die Ampel-Koalition hat sich auf ein Gesetz zur Legalisierung von Cannabis verständigt. Dabei wird jedoch der Konsum von Drogen verharmlost. Der vorliegende Gesetzentwurf gefährdet Kinder, Jugendliche und Heranwachsende. Es ist eine Fehlannahme, dass die Legalisierung zu weniger Konsum und weniger Drogenkriminalität führt. Ein Blick in andere Länder zeigt dies sehr eindrücklich. Polizei und Justiz werden mit der Teillegalisierung nicht, wie von Bundesgesundheitsminister Lauterbach erhofft, weniger belastet. Experten gehen sogar davon aus, dass das Gegenteil der Fall sein wird.

Ein weiteres Beispiel für die fehlgeleitete Gesellschaftspolitik der Ampel ist das, vom Bundeskabinett im August 2023 beschlossene, "Selbstbestimmungsgesetz". Damit möchte die Ampel es künftig jeder volljährigen Person jährlich ermöglichen, ohne vorrangegangenes medizinisches oder psychologisches Gutachten mittels einfacher persönlicher Erklärung beim Standesamt den eigenen Vornamen und den Geschlechtseintrag zu ändern. Selbst Minderjährige sollen nach Vorstellungen der Ampel die Möglichkeit erhalten, ihr Geschlecht selbst zu wählen. Statt ihrem Schutzauftrag für Kinder- und Jugendliche nachzukommen, ignoriert die Ampel die Warnungen von Experten und setzt ein Ideologieprojekt rücksichtslos gegen die mehrheitlich vorherrschende Meinung in der Bevölkerung durch.

Familienpolitik

Auch die Familienpolitik der Ampel-Parteien ist mehrheitlich ideologisch und von Partikularinteressen geprägt. Dies zeigt sich beispielsweise in der Diskussion rund um das Elterngeld oder auch in einem der Hauptprojekte, der Kindergrundsicherung. Die geplante Kindergrundsicherung bietet, anders als der Name vorgibt, keine Antwort auf Kinderarmut in unserem Land. Vielmehr bedeutet dieses Gesetzesvorhaben ein Mehr an Bürokratie für die Familien. Unser erklärtes Ziel ist es, allen Kindern in unserer Gesellschaft – unabhängig von Migrationsgeschichte oder sozialer Herkunft – ein Umfeld zu schaffen, in dem sie ihr volles Potential entfalten können. Aus diesem Grund haben wir als Gegenentwurf ein Kinderzukunftsprogramm aufgelegt. Darin legt unsere Fraktion mit zehn zielgerichteten Maßnahmen den Fokus auf eine Ausweitung der Betreuungs- und Bildungsinfrastruktur statt auf eine Ausweitung von Transferleistungen oder deren Verwaltung.

Der Antrag dazu ist hier abrufbar: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/083/2008399.pdf>

Als Mitglied der größten Oppositionsfraktion im Bundestag waren die beiden Jahre auch für mich persönlich eine neue und häufig aufreibende Erfahrung. Als konstruktive Opposition unterbreiten wir unsere eigenen inhaltlichen Vorschläge zur Lösung von Problemen. Das haben wir in der laufenden Wahlperiode mit knapp 300 Initiativen, Anträgen und Gesetzentwürfen getan. Auch wenn unsere Initiativen ausnahmslos von den Ampelfraktionen abgelehnt wurden, konnten wir in vielen Fällen zu Verbesserungen und Änderungen bei Regierungsvorhaben beitragen. Eine Broschüre zur Halbzeitbilanz der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist hier zu finden: https://www.cducsu.de/sites/default/files/2023-12/cducsu_halbzeitbilanz-2023_WEB_aktuell.pdf

Trotzdem: Als Union muss unser Anspruch sein, wieder selbst die Politik unseres Landes aktiv zu gestalten und damit den Menschen in unserem Land wieder Verlässlichkeit und Führungsstärke zu bieten. Dafür werden wir auch in den kommenden zwei Jahren mit aller Kraft arbeiten!

Herzliche Grüße

Ihre und Eure

Katrin Staffler

Katrin Staffler
Mitglied des Deutschen Bundestages

Abgeordnete des Wahlkreises Fürstfeldbruck/Dachau
Stellvertretende CSU-Landesgruppenvorsitzende
Fachpolitische Sprecherin für Innovation, Bildung und Forschung der CSU im Bundestag

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: +49 30 227-75225
Fax: +49 30 227-70226

katrin.staffler@bundestag.de
www.katrin-staffler.de

Wahlkreisbüro Fürstfeldbruck/Dachau
Münchner Straße 10
82256 Fürstfeldbruck

Tel.: +49 8141 16 305

Fax: +49 8141 16 210

Dieser e-mail-Versand erfolgt zentral über die CSU-Bundeswahlkreisgeschäftsstelle, Münchner Str. 10, 82256 Fürstfeldbruck, Tel. 08141/25485, fuerstfeldbruck@csu-bayern.de. Hierfür nutzen wir Ihre e-mail-Adresse, die wir in unserer Datenbank gespeichert haben.

Sehr gerne möchte ich Sie weiterhin, wie gewohnt, über unsere politische Arbeit informieren.

Wenn Sie weiterhin informiert werden wollen, müssen Sie nichts weiter tun.

Wenn Sie keine Informationen mehr per e-mail erhalten wollen, bitten wir um kurze Nachricht per mail an fuerstfeldbruck@csu-bayern.de